

# **BR/GT I/130 d/71**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**



REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 21. Oktober 1971  
BR/GT I/130/71

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSDOKUMENT

- ZWEITER VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS  
UEBER EIN EUROPÄISCHES PATENTERTEILUNGS-  
VERFAHRENS

Artikel 35 a  
53  
54  
56  
75  
76  
113  
115  
151  
160 a (neu)

- ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 53 Nummer 1  
53 Nummer 1 a (neu)  
53 Nummer 4  
54 Nummer 1  
54 Nummer 2  
77 Nummer 1 (neu)

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeitete Texte)



## KAPITEL I a

### Zuständigkeit des Verwaltungsrats

#### Artikel 35 a

#### Erlass und Aenderung allgemeiner Vorschriften

(1) Der Verwaltungsrat ist befugt, folgende Vorschriften zu ändern:

- a) Artikel 55 Absatz 2 dahingehend, dass die Prüfungsabteilungen aus einem einzigen technisch vorgebildeten Prüfer bestehen, wenn die Erfahrungen dies rechtfertigen;
- b) die in diesem Uebereinkommen festgesetzten Fristen; diese gilt für die in Artikel 88 Absatz 2 vorgesehene Frist nur unter den in Artikel 88 a festgelegten Voraussetzungen;

- c) (
- (2) { unverändert gegenüber dem Zweiten
- a) { Vorentwurf eines Uebereinkommens
- b) { 1971
- c) {
- d) {

(3) Der Verwaltungsrat fasst die in den Artikeln 157 und 160 a vorgesehenen Beschlüsse.

KAPITEL III  
Gliederung der Organe im Verfahren

Artikel 53

Organe im Verfahren

Im Europäischen Patentamt werden für die Durchführung der in diesem Uebereinkommens vorgeschriebenen Verfahren gebildet:

- a) eine Eingangsstelle, Prüfungsabteilungen und Einspruchsabteilungen;
- b) ( unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines Uebereinkommens  
1971
- c) (

Bemerkung:

In folgenden Artikeln muss die Bezeichnung "Prüfungsstelle" durch das Wort "Eingangsstelle" ersetzt werden:

Artikel	55 Absatz	1
Artikel	58 Absatz	2
Artikel	77 Absätze	1 und 2
Artikel	78 Absätze	2, 3, 4, 6 und 7b
Artikel	79 Absätze	1, 3 und 5
Artikel	88 Absatz	4
Artikel	108 Absatz	1
Artikel	136 Absatz	6
(siehe jedoch dessen Fassung in Dokument BR/GT I/119/71, Anlage II)		
Artikel	140 Absatz	2
Artikel	147 Absatz	1

Artikel 54

Eingangsstelle

Unbeschadet weiterer besonderer Zuständigkeiten, die ihnen gemäss den Vorschriften dieses Uebereinkommens übertragen sind, ist die Eingangsstelle für die Prüfung europäischer Patentanmeldungen bis zu dem Zeitpunkt zuständig, zu dem ein Prüfungsantrag gemäss Artikel 88 gestellt und der Bericht über den Stand der Technik beim Europäischen Patentamt eingegangen ist.

## Artikel 56

### Beschwerdekammern

(1) Die Beschwerdekammern sind für die Entscheidung über die Beschwerden gegen die Entscheidung der Eingangsstelle, Prüfungsabteilungen und Einspruchsabteilungen zuständig.

(2) Die Beschwerdekammern setzen sich zusammen:

- aus drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und zwei rechtskundigen Mitgliedern:

a) wenn die Prüfungsabteilung oder die Einspruchsabteilung, gegen deren Entscheidung sich die Beschwerde richtet, aus vier Mitgliedern bestand;

b) wenn sie der Meinung sind, dass die Art der Entscheidung es erfordert;

- aus zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied mit Unterstützung eines technisch vorgebildeten Mitglieds als Berichterstatter, das nicht an der Entscheidung teilnimmt, bei Beschwerden gegen eine von einer aus weniger als vier Mitgliedern bestehenden Prüfungsabteilung gefassten Entscheidung über

a) die Zurückweisung einer europäischen Patentanmeldung,

b) die Teilung einer europäischen Patentanmeldung,

c) die Erteilung eines europäischen Patents,

sowie bei Beschwerden gegen eine von einer aus drei Mitgliedern bestehenden Einspruchsabteilung gefassten Entscheidung;

- aus drei rechtskundigen Mitgliedern in allen anderen Fällen.

Artikel 75

Inanspruchnahme der Priorität

- (1) ( unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines Ueber-  
( einkommens - 1971

(2) Wer eine Prioritätserklärung abgibt, hat dem Europäischen Patentamt vor Ablauf des sechzehnten Monats seit dem Prioritätstag eine Abschrift der ersten Anmeldung vorzulegen. Die Abschrift muss von der Behörde, bei der die erste Anmeldung eingereicht worden ist, als übereinstimmend bescheinigt sein. Ferner ist eine Bescheinigung dieser Behörde über den Tag der Einreichung beizufügen. Werden die Abschriften und die Bescheinigungen nicht rechtzeitig vorgelegt, so erlischt der Prioritätsanspruch für die Anmeldung.

(2a) (neu) Ist die Sprache der ersten Anmeldung nicht eine der in Artikel 34 Absatz 1 genannten Sprachen, so hat derjenige, der eine Prioritätserklärung abgibt, innerhalb der in Absatz 2 vorgesehenen Frist eine Uebersetzung der ersten Anmeldung in die Verfahrenssprache mit einer amtlichen Beglaubigung der Uebereinstimmung mit dem Urtext vorzulegen. Wird die Uebersetzung und die amtliche Beglaubigung nicht rechtzeitig vorgelegt, so erlischt der Prioritätsanspruch für die Anmeldung.

- (3) (  
(4) { unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf eines Ueber-  
(5) { einkommens - 1971  
(6) {

Artikel 76

Bedeutung der europäischen Patentanmeldung  
als nationale Hinterlegung

(1) Eine europäische Patentanmeldung, deren Anmelde-  
tag nach Artikel 68 feststeht, hat in den gemäss Artikel 67  
benannten Vertragsstaaten die Bedeutung einer vorschrifts-  
mässigen nationalen Hinterlegung.

- |      |                             |
|------|-----------------------------|
| (1a) | ( unverändert gegenüber dem |
|      | ( Zweiten Vorentwurf eines  |
| (2)  | ( Uebereinkommens - 1971    |

Artikel 113

Prüfung der Beschwerde

- (1) ( unverändert gegenüber dem
- (2) ( Zweiten Vorentwurf eines
- ( Uebereinkommens - 1971

(3) Die Beschwerdekammer kann die Prüfungsabteilung um die Erteilung ergänzender Auskünfte über den Stand der Technik ersuchen.

Artikel 115

Entscheidung über die  
Beschwerde

- (1) (
- (2) ( unverändert gegenüber dem Zweiten Vorentwurf  
eines Uebereinkommens - 1971
- (3) (

(4) Verweist die Beschwerdekammer die Sache zur weiteren Behandlung an die Stelle zurück, die die angefochtene Entscheidung erlassen hat, so ist allen weiteren Entscheidungen über diese Sache, die auf dem gleichen Tatbestand beruhen, die rechtliche Würdigung der Beschwerdekammer, auf die sich die Entscheidung stützt, zugrunde zulegen.

### KAPITEL III

#### Kosten und Zwangsvollstreckung

##### Artikel 151

#### Kosten im Einspruchsverfahren

(1) ( unverändert gegenüber  
( Dok. BR/131, Anlage I, Seite 12

(2) ( unverändert gegenüber dem  
( Zweiten Vorentwurf eines  
( Uebereinkommens - 1971

(3) Die Geschäftsstelle der Einspruchsabteilung setzt auf Antrag den Betrag der Kosten fest, die aufgrund einer Entscheidung über die Verteilung zu erstatten sind. Dem Antrag sind eine Kostenberechnung und die Belege beizufügen. Der Antrag ist erst zulässig, wenn die Entscheidung, für die die Festsetzung der Kosten beantragt wird, rechtskräftig ist. Zur Festsetzung der Kosten genügt es, dass sie glaubhaft gemacht werden.

(4) Gegen die Entscheidung der Geschäftsstelle der Einspruchsabteilung über die Festsetzung der Kosten ist der Antrag auf Entscheidung durch die Einspruchsabteilung zulässig. Der Antrag ist innerhalb einer Frist von einem Monat nach Zustellung der Entscheidung schriftlich beim Europäischen Patentamt einzureichen und zu begründen. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebene Antragsgebühr entrichtet worden ist. Die Einspruchsabteilung entscheidet über den Antrag ohne mündliche Verhandlung.

Artikel 160a (neu)

Anwendung des Artikels 122

(1) Unbeschadet Artikel 122 und vorbehaltlich der Beschlüsse des Verwaltungsrats gemäss Absatz 2

- a) holt das Europäische Patentamt beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag einen ergänzenden Bericht über den Stand der Technik zu jeder internationalen Anmeldung ein;
- b) hat der Anmelder eine Gebühr in Höhe der in Artikel 66 Absatz 3 vorgesehenen Gebühr für den Bericht über den Stand der Technik zu entrichten. Artikel 137 Absatz 3 ist auf die Erhebung dieser Gebühr entsprechend anzuwenden.

(2) Der Verwaltungsrat kann beschliessen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang

- a) auf die in Absatz 1 Buchstabe a vorgesehene Einholung eines ergänzenden Berichts über den Stand der Technik verzichtet wird;
- b) die in Absatz 1 Buchstabe b vorgesehene Gebühr herabgesetzt wird.

(3) Der Verwaltungsrat kann die nach Absatz 2 gefassten Beschlüsse jederzeit ändern.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 53

Nummer 1

Geschäftsverteilung auf die Prüfungsabteilungen und Einspruchsabteilungen

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt die Zahl der Prüfungsabteilungen und der Einspruchsabteilungen und verteilt die Geschäfte auf diese Organe in Anwendung der Internationalen Klassifikation.

(2) - entfällt - (siehe neue Nummer 1 a zu Artikel 53)

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 53

Nummer 1 a (neu)

Uebertragung von Verwaltungsaufgaben

Der Präsident des Europäischen Patentamts kann der Eingangsstelle, den Prüfungsabteilungen und den Einspruchsabteilungen über die Zuständigkeit hinaus, die ihnen durch das Uebereinkommen und diese Ausführungsordnung zugewiesen ist, Verwaltungsaufgaben übertragen.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 53

Nummer 4

Verwaltungsmässige Gliederung des Europäi-  
schen Patentamts

(1) Die Prüfungsabteilungen und Einspruchsabteilungen werden verwaltungsmässig zu Direktionen zusammengefasst, deren Zahl vom Präsidenten des Europäischen Patentamts festgelegt wird.

(2) Die in Absatz 1 genannten Direktionen, die Eingangsstelle, die Beschwerdekammern und die Grosse Beschwerdekammer sowie die Dienststellen für die innere Verwaltung des Europäischen Patentamts werden verwaltungsmässig zu Generaldirektionen zusammengefasst.

(3) ( unverändert gegenüber dem  
( Ersten Vorentwurf einer Aus-  
( führungsordnung - 1971

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 54

Nummer 1

Besondere Geschäftsstelle für die Kosten-  
festsetzung

Der Präsident des Europäischen Patentamts kann bestimmen, dass eine der Geschäftsstellen der Einspruchsabteilungen ausschliesslich für die Festsetzung der Kosten des Verfahrens gemäss Artikel 151 Absatz 3 des Uebereinkommens zuständig ist.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 54

Nummer 2

Uebertragung von Geschäften

Der Präsident des Europäischen Patentamts wird ermächtigt, mit der Wahrnehmung einzelner den Prüfungsabteilungen oder Einspruchsabteilungen obliegender Geschäfte, die technisch oder rechtlich keine Schwierigkeiten bereiten, auch Beamte zu betrauen, die keine technisch vorgebildeten oder rechtskundigen Prüfer sind.

ERSTER VORENTWURF EINER AUSFUEHRUNGSORDNUNG

Zu Artikel 77 (neu)

Nummer 1

Prüfung bestimmter Formerfordernisse

Die Formerfordernisse, denen eine europäische Patentanmeldung nach Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe e des Ueber-einkommens genügen muss, sind die in den Artikeln ... (Nummer 4 Absätze 1 und 2, Nummer 7 Absätze 2 bis 11 und 14, Nummer 8 sowie Nummer 9 zu Artikel 66) vorgesehenen Er-fordernisse.

---